Liebe Mitglieder, FreundInnen und UnterstützerInnen

Geschätzte VertreterInnen der Kirchen und Hilfsorganisationen

Werte VolksvertreterInnen und Medienschaffende

Gut anderthalb Monate ist es her, seit in Zürich die vom Eritreischen Medienbund Schweiz organisierte Informations- und Vernetzungsveranstaltung "Black Box Eritrea?" stattgefunden hat.

http://eritreischer-medienbund.ch/blackbox-eritrea

Fast tausend BesucherInnen schweizerischer und eritreischer Herkunft sind damals nach Zürich gereist, um sich mit Hilfe der Podiumsdiskussion, der ExpertInnengespräche und diverser kultureller Darbietungen selbst ein Bild über das abgeschottete Land am Horn Afrikas zu machen und zu erfahren, welche Alternativen es zur über 25jährigen Alleinherrschaft der People's Front for Democracy and Justice (PFDJ) unter Isaias Afewerki geben könnte. Ein Kernpunkt von "Blackbox Eritrea?" war die Lancierung einer Petition, welche das Staatssekretariat für Migration (SEM) zur Rücknahme der Praxisverschärfung gegenüber eritreischen Flüchtlingen auffordert.

http://eritreischer-medienbund.ch/petition-ruecknahme-der-praxisaenderung-gegenueber-eritreischen-fluechtlingen

Unser Hauptkritikpunkt an der am 23. Juni 2016 bekanntgegebenen Praxisverschärfung besteht darin, dass die Betroffenen entgegen der Aussagen in den Asylbescheiden nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden können und damit in ein Leben in völliger Perspektivlosigkeit als Sans-Papiers abgedrängt werden. Zudem halten wir die Vorgehensweise bei der Fact Finding-Mission des SEM und die daraus resultierende Faktenlage, auf die sich das SEM bei seiner Entscheidung für eine Praxisverschärfung stützt,

https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslaender/afrika/eri/ERI-ber-easo-update-nationaldienst-d.pdf

für zu dünn und dagegen die Ergebnisse der Uno-Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Eritrea (COI) als zu klar,

http://statements.unmeetings.org/media2/7663364/keetharuth-rev.pdf

(die deutsche Übersetzung findet sich unter:

http://www.giveahand.ch/files/giveahand/PDF/1610-27_statement-keitarut_UNONewYork.pdf

als dass damit Negativentscheide, wie sie das SEM in diesem Jahr zunehmend auch gegen noch nationaldienstpflichtige EritreerInnen und sogar gegen minderjährige Asylsuchende gefällt hat, gerechtfertigt wären. Unsere Argumentation haben wir anhand zahlreicher Quellen in unseren Hintergrundtexten hinreichend belegt.

http://eritreischer-medienbund.ch/eritrea/das-argument-der-wirtschaftsfluechtlinge-imverhaeltnis-zum-nationaldienst

http://eritreischer-medienbund.ch/eritrea/der-eritreische-nationaldienst-staatliche-sklaverei

http://eritreischer-medienbund.ch/eritrea/die-aktuellen-verschaerfungen-im-verhaeltnis-zuden-feststellungen-in-den-asylentscheiden

Unserer Ansicht sind auch diverse Medien

http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-06/eritrea-fluechtlinge-zwangsarbeit-sklaverei-eu

und Hilfsorganisationen, allen voran die schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH).

https://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender.html

Über 1'700 Menschen haben unsere Petition bereits unterzeichnet (Stand 5.12.2016). Deshalb wollen wir unserer Forderung nach einer Rücknahme der Praxisverschärfung am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2016, mit einer Kundgebung auf dem Kornhausplatz in Bern Gewicht verleihen.

Wir treffen uns um 12:45 Uhr vor dem "Zytglogge". Von dort aus marschieren wir gemeinsam zum Kornhausplatz beim "Kindlifresser-Brunnen", wo ab 13:00 Uhr die VertreterInnen des Eritreischen Medienbundes Schweiz, der eritreischen Oppositionsparteien, verschiedener NGOs, die Nationalrätin Yvonne Feri und zuletzt unser Experte, der aus Eritrea stammende Anwalt und Menschenrechtsaktivist Dr. Daniel Rezene Mekonnen,

http://eritreischer-medienbund.ch/blackbox-eritrea/open-the-blackbox-meet-the-experts/daniel-r-mekonnen

http://eritreischer-medienbund.ch/archive/976

unsere Forderung argumentativ untermauern werden.

Unter dem Motto #NoSlaveryNo Limbo! (keine Sklaverei, keine Perspektivlosigkeit!) werden wir nochmals darauf hinweisen, was die Negativentscheide für die Betroffenen implizieren: Kehren sie nach dem Willen des SEM nach Eritrea zurück, droht ihnen Bestrafung und erneute Einberufung in den zeitlich unlimitierten Nationaldienst, welcher die UNO als Sklaverei klassifiziert hat. Verbleiben sie in der Schweiz, werden sie auf Jahre hinaus zu einem Leben als Papierlose ohne jedwede Zukunftsperspektive verdammt.

Wir laden Sie, liebe Mitunterzeichnende, ein, unserem Anliegen gemeinsam mit uns Ausdruck zu verleihen! Wir bitten Sie, werte VertreterInnen der Hilfsorganisationen, der Kirchen und des Schweizer Volkes, Flagge zu zeigen und sich solidarisch mit den abgewiesenen und den potentiell abgewiesenen eritreischen Flüchtlingen zu zeigen! Wir rufen Sie, werte VertreterInnen der Schweizer Presse, dazu auf, unter Berücksichtigung der Faktenlage aufzuzeigen, dass die aus der Praxisverschärfung resultierenden Entscheide nicht nur jeglicher Grundlage entbehren, sondern dass sie darüber hinaus potentiell hunderte von Betroffenen in ein existentielles Limbo katapultieren, einen Zustand, der unserem Land mit seiner humanitären Tradition unwürdig ist. Die Negativentscheide sind unserer Ansicht nach reine Augenwischerei, senken sie doch nur zum Schein die von den bürgerlichen Parteien geforderten Zahlen in den Asylstatistiken. Vielmehr wird sich die "Produktion" von weiteren Sans-Papiers durch das SEM auf lange Frist auch für die Schweizer Bevölkerung als Boomerang entpuppen, weil damit das Heer von zur Untätigkeit verdammten und jeglicher Zukunftsperspektive beraubter Jugendlicher lediglich vergrössert wird.

riggi-asyl



